

Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik, 15. Mai 2009

Wirtschaftskrise und Sozialpolitik: Vorausschauen statt abwarten – Investieren statt sparen

Die Krise darf nicht lähmen: Vorausschauen, überzeugen und handeln

Von Stadtrat Ruedi Meier, Sozialdirektor der Stadt Luzern, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Gäste und Referenten
Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Fachwelt und aus der Politik

Als Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik darf ich Sie zu unserer Frühlingskonferenz herzlich begrüssen und Ihnen danken, dass Sie so zahlreich nach St. Gallen gefahren sind. Ich bedaure, dass einige unserer Kolleginnen und Kollegen aus der Romandie kurzfristig absagen mussten – u.a. Städteinitiative-Büromitglied und Vorsteher der Sozialdirektion der Stadt Lausanne, Jean-Christophe Bourquin.

Besonders begrüssen möchte ich Kathrin Hilber. Sie ist Regierungsrätin des Kantons St. Gallen, steht dem Sozialdepartement vor und zeichnet als Präsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK. Die SODK ist für die Städte und Gemeinden eine wichtige Ansprech- und Bündnispartnerin.

- Ansprechpartnerin darum, weil viele Fragen der Sozialpolitik – von strategischen Entwicklungen bis zu operativen Umsetzungen – unter den Kantonen, aber auch innerhalb der Kantone, zwischen Kanton und Städten, ausgehandelt werden müssen.
- Bündnispartnerin darum, weil die SODK den Städten und Gemeinden als Türöffnerin zum Bund zur Seite steht und weil die politische Unruhe, die seit einigen Jahren von den Städten ausgeht, auch Rolle und Funktion der SODK verändert und verstärkt hat.

Nun, geschätzte Damen und Herren,
nun ist er da, der wirtschaftliche Abschwung, die wirtschaftliche Krise, mit der wir aus Sicht der Städteinitiative schon länger gerechnet haben. Die Auswirkungen kennen wir: steigende Arbeitslosigkeit, leichter Anstieg der Sozialhilfe, gegen Ende 2009 Aussteuerungen, verstärkter Anstieg der Zahl der Personen, die von Sozialhilfe abhängig sind, zusätzliche finanzielle Belastungen der öffentlichen Hände – auch der Städte und Gemeinden. 2009 leichter Rückgang, 2010 massiver Rückgang der Steuererträge. Fazit: Die Problemschere hat sich weit geöffnet.
Und wir wissen auch: Sollte sich der Silberstreifen am konjunkturellen Horizont nicht nur als kurze Aufhellung, sondern als nachhaltige Wetterbesserung erweisen, so profitiert zuerst der Arbeitsmarkt davon (was sehr gut ist), dann profitieren die Finanzen der öffentlichen Hände mit wieder zunehmenden Steuererträgen (sofern sie nicht von übertriebenen Steuersenkungsprogrammen

massiv gedeckelt werden), und mit sehr, sehr viel Verzögerung reagiert die Sozialhilfe. Nach zwei, drei Jahren guter Konjunktur wird der Anstieg der Sozialhilfe stagnieren; nach drei, vier Jahren gehen die Fälle langsam zurück. Aber ein markanter – im Vergleich zu vor der Krise höherer – Sockel an Fällen bleibt bestehen.

Wir haben diese wirtschaftliche, politische und soziale Logik begriffen, gestützt auf unsere Erfahrungen der letzten gut 15 Jahre.

Zu meiner Bestandesaufnahme gehört der Vollständigkeit halber auch ein Hinweis auf die Probleme von IV und ALV:

- Bei der ALV müssen wir von einem grossen Politikversagen sprechen. Der Umstand, dass die ALV mit ihrer strukturellen Unterfinanzierung in der vergangenen Zeit der sehr guten Konjunktur nicht nachhaltig umgebaut und ausfinanziert worden ist, wirft ein schiefes Licht auf die strategisch Verantwortlichen unserer nationalen Sozial- und Wirtschaftspolitik.
- Bei der IV präsentiert sich die Sache differenzierter. Früherfassung, Arbeitserhaltung und Arbeitsintegration sind richtige Stossrichtungen. Was hier fehlt, ist der ganzheitliche Ansatz. Es ist zu hoffen, dass im September die Zusatzfinanzierung die Hürde der Volksabstimmung nehmen wird. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen – und ich möchte euch dazu mit allem Nachdruck aufrufen –, müssen uns dafür ganz stark engagieren! Aber damit sind die Probleme der IV nicht nachhaltig gelöst. Und die Probleme der IV sind auch unsere Probleme, d.h. jene der Sozialhilfe und damit die Probleme der Städte, Gemeinden und der Kantone.
- Und letztlich sind auch die Probleme der ALV auch unsere Probleme.

Ich weiss, damit sage ich nichts Neues. Aber es ist wichtig, dass wir uns diese Zusammenhänge vor Augen halten und an unsere Politik der letzten Jahre und an unsere Diskussionen im Zusammenhang mit den strategischen Grundlagen erinnern! Wir haben uns in der vergangenen Zeit der Hochkonjunktur mit sozialpolitischen Grundsatzfragen beschäftigt und dabei den Blickwinkel geöffnet. „Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln“, so heisst der Titel unserer strategischen Grundlagen; dort setzten wir den Wert der Integration ins Zentrum. Drei Leitlinien also:

1. Sozialpolitik öffnen
2. vernetzt handeln
3. Integration fördern

Anhand dieser Leitlinien – und gemäss der Überschrift meiner Ausführungen „Die Krise darf nicht lähmen: Vorausschauen, überzeugen und handeln“ – möchte ich einige Überlegungen anbringen.

Ganz allgemein gesagt, sind wir heute sozialpolitisch mit vier Fragen konfrontiert.

1. Es gibt **soziale Gründe**, die Menschen an den Rand drängen, z.B. die (materielle) Verantwortung für Kinder zu tragen, oder eben nicht tragen zu können.
2. Es gibt **wirtschaftliche und konjunkturelle Gründe**, die Menschen an den Rand drängen. Hier stimmt das Einkommen nicht, ich denke an Working Poor.
3. Es gibt **strukturelle Gründe**, die Menschen an den Rand drängen, weil sie über eine falsche oder gar keine Ausbildung verfügen. Hier stimmen die beruflichen Qualifikationen nicht mit den Anforderungen des Marktes überein.
4. Es gibt **psychosoziale Gründe**, die Menschen an den Rand drängen. Ich denke an Menschen mit einer Mehrfachproblematik, die die geforderte Leistungsfähigkeit reduziert.

Und nun, was ist zu tun?

1. Soziale Integration über Arbeitsintegration

Dem Integrationsgebot kommt eine ganz wichtiger Stellenwert zu. Es darf nicht sein, dass sich bei uns Schritt für Schritt, Zug um Zug, von Jahr zu Jahr eine Schicht herausbildet, die mehr und mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird.

Integration meint – wo immer auch möglich – vorab Arbeitsintegration. Wer arbeitet, genießt in unserer Gesellschaft einen Grundrespekt. Wer arbeitet, kann wenigstens einen Teil seiner Existenz mit Arbeit verdienen. Wer arbeitet, hat ein minimales Mass an Sozialkontakten. Wer arbeitet, verfügt über eine Tagesstruktur. Wer arbeitet, kann sich beweisen, entwickeln und Selbstbewusstsein gewinnen.

2. Die Erwerbstätigkeit und das Einkommen ergänzende Angebote: Kindertagesstätten, Tagesschulen und Ergänzungsleistungen

Vor diesem Hintergrund müssen wir den Arbeitsmarkt ergänzende Instrumente schaffen. Working Poor, allein Erziehende und Familien mit prekärem Einkommen sind die Zielgruppen: Im Vordergrund stehen Ausbau und Finanzierbarkeit der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulbereich. Aber auch die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien, gekoppelt an ein (zu tiefes) Erwerbseinkommen.

3. Eine Bildungsoffensive erster Güte

Vor diesem Hintergrund – wir sprechen von Integration über die Arbeit – bedeuten Bildung und berufliche Qualifizierung sehr, sehr viel. Über die frühe Förderung schaffen wir auch für Kinder aus prekärem sozialem Milieu bessere Startchancen. Mit Tagesschulen schaffen wir zumindest zum Teil eine fördernde Alternative für Kinder aus einem bildungsfernen Elternhaus. Ebenso mit speziellen Anstrengungen beim Übergang von der Volksschule in die Arbeitswelt, über spezielle Anstrengungen im Bereich der Berufsbildung und beim Berufseinstieg. Hier gilt es über spezielle Lehrlingswerkstätten nachzudenken, über Lehrlingscoaching, Jobcoaching, eine Agentur für Arbeit für junge Erwachsene, aber auch über eine zielgerichtete Entwicklung des Stipendienwesens. Es braucht also eine umfassende Bildungsoffensive erster Güte, die Kleinkinder, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erfasst.

4. Grosse, starke Sozialfirmen

Vor diesem Hintergrund – ich spreche noch immer von Integration über Arbeit – ist auch die Frage anzugehen, was wir Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit anbieten. Die Anstrengungen in diesem Bereich sind in den letzten Jahren massiv verstärkt worden. Es sind Erfolge erzielt worden. Aber die Realität – zum Beispiel auf den Sozialämtern – relativiert dieses Bild. Für viel zu viele Personen gibt es keine nachhaltige Lösung. Darum braucht es auch hier noch mehr Anstrengungen, ein gross angelegtes Vorhaben: Der Aufbau von grossen, starken Sozialfirmen, die viele Einsatz- und Arbeitsplätze anbieten, die einen Teil ihrer Kosten auf dem freien Markt einspielen und mit staatlicher Zuschüssen funktionieren, wäre ein solche Lösung. Aber da ist zum Auftakt eine gemeinsame Grossinvestition nötig, um solche Projekte zum Erfolg zu führen.

5. Koordination und Zusammenarbeit statt Konkurrenz und Einzelbetrachtung

Alle diese Grossprojekte können nur dann umgesetzt werden, wenn die **nationale Sozialpolitik** eine gemeinsame Stossrichtung entwickelt. Dazu gehört nicht nur eine um vieles verbesserte Koordination; dazu gehört Zusammenarbeit statt Konkurrenz, Abgrenzung und Verlagerung auf ein anderes Gefäss der sozialen Sicherheit. Auch und vor allem braucht es eine gemeinsame Stossrichtung. Gefordert ist also ein sozialpolitischer Masterplan, an dem sich alle Akteure zu orientieren haben: Bund, Kantone, Städte/Gemeinden, natürlich auch die Sozialversicherungen und die Sozialpartner, die Organisationen der Arbeitnehmenden und die Wirtschaft.

Dies ist aber nur zu haben, wenn das System besser gesteuert wird und besser gesteuert werden kann. Hier ist der Bund gefordert, zusammen mit den genannten Akteuren. – Diese Aufgabe ist anzugehen.

Natürlich geht diese Entwicklung nicht so schnell, wie es zu wünschen und aus Sicht der Sozialpolitik dringend und überfällig ist. Die Gesetzesmaschinerie mahlt langsam. Aber gerade die wirtschaftliche Krise von heute muss Anlass sein, über die Bücher zu gehen. Denn wenn der politische Wille da ist, ist eine gemeinsame Stossrichtung mit viel mehr Koordination und Zusammenarbeit und eine echte Partnerschaft schon morgen möglich.

Appell für ein schweizweites sozialpolitisches Manifest

Aus dieser Sicht geht von den Städten aus ein Appell für ein sozialpolitisches, schweizweites Manifest. Orientierungspunkte und Stossrichtung sind bekannt:

1. Mehr Soziale Integration über Arbeitsintegration

2. Mehr die Erwerbstätigkeit und das Einkommen ergänzende Angebote: Kindertagesstätten, Tagesschule und Ergänzungsleistungen

3. Eine schnelle Bildungsoffensive erster Güte

4. Entschlossener Aufbau von grossen, starken Sozialfirmen

5. Sofort mehr Koordination und Zusammenarbeit statt Konkurrenz und Einzelbetrachtung

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.